

# Alle lieben den Verrat, doch liebt man auch den Verräter?

Kommunalseminar der INTECON am 27.03.2023



**Pannenberg & Pesenacker**

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT  
STEUERSTRAFRECHT

Compliance ist die Gesamtheit der Maßnahmen, die das rechtmäßige Verhalten einer Organisation, seiner Leitungspersonen und Mitarbeiter im Hinblick auf alle gesetzlichen und selbstgesetzten Gebote und Verbote gewährleisten sollen.

# Vorüberlegungen

## Vorteile einer Hinweisgeberstelle

- Mittel zur Verbesserung der Compliancekultur
- Präventive Wirkung – Abschreckung durch Furcht vor Entdeckung
- Kenntniserlangung von Fehlverhalten und Compliance-Verstößen
- Pflicht zur Aufklärung von betriebsbezogenen Straftaten
- Abstellen von Rechtsverstößen
- Minderung strafrechtlicher oder bußgeldrechtlicher Risiken
- Verbesserung interner Prozesse zur Verhinderung erneuter Verstöße
- Erfüllung gesetzlicher Anforderungen?



Gesetz wird zweifellos kommen!

# Aktuelle Situation

## EQS-Whistleblowing- Report 2021

\*(Befragung von 1.239 Unternehmen in DE, FR, GB, SUI)

- 37, 1% der befragten deutschen Unternehmen sind von unethischen oder illegalen Verhalten betroffen
- Über 60% der befragten deutschen Unternehmen verfügen über eine Meldestelle (73,9% der Großunternehmen, 43,7% der KMU)
- Quote der anonymen Meldungen bei den befragten deutschen Unternehmen liegt bei 73,2% (74,6% bei Unternehmen  $\geq 250$  AN; 68,9% bei Unternehmen zwischen 20 und 249 AN)
- Quote von missbräuchlichen Meldungen bei den befragten deutschen Unternehmen liegt bei 10,7%
- Nur 14% der aktuellen Meldestellen erfüllen Anforderungen der Richtlinie

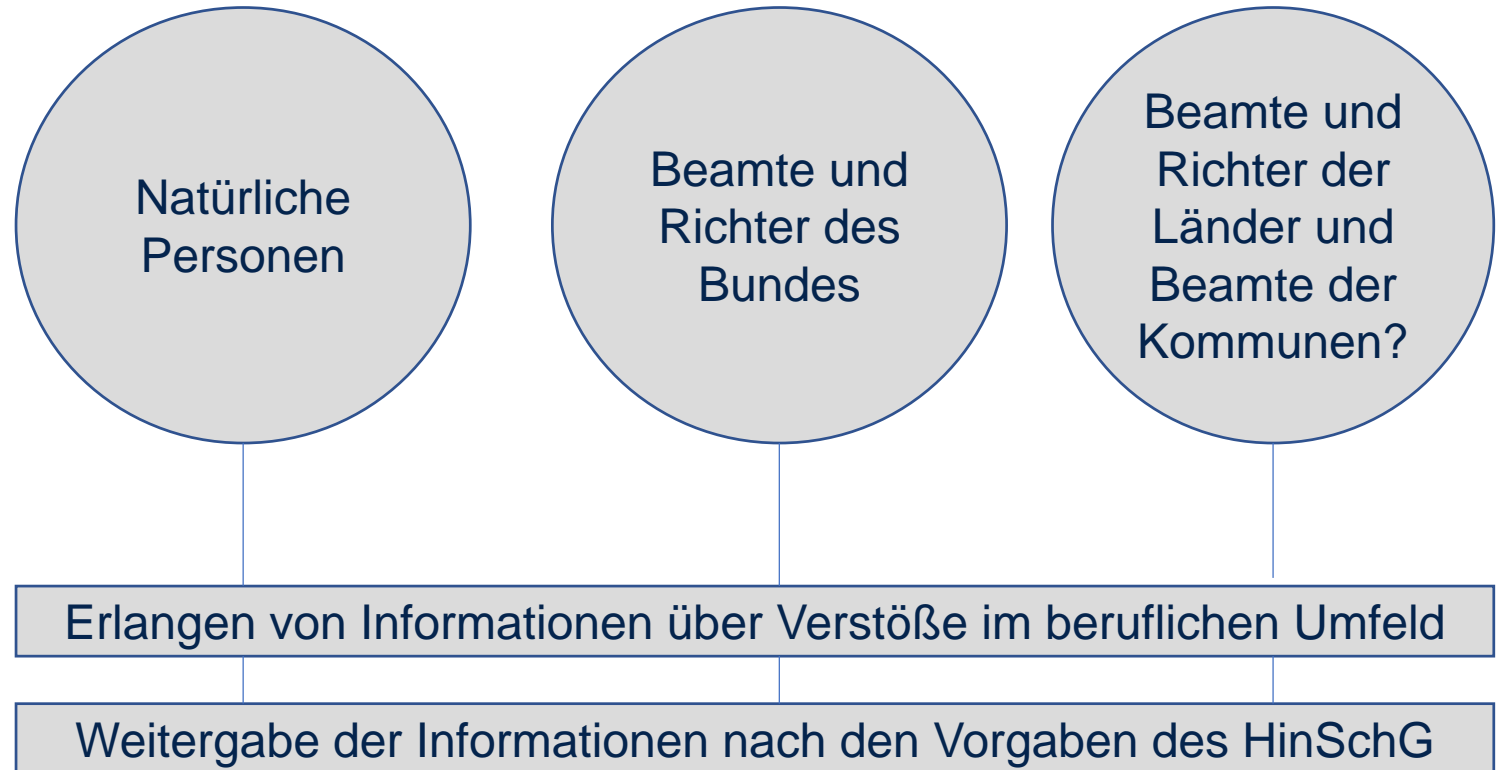
# Überblick – HinSchG-E

Ziel des Gesetzes

Schutz hinweisgebender Personen vor Nachteilen

# Wer ist geschützt?

Persönlicher  
Anwendungsbereich



# Meldungen über was sind geschützt?

## Sachlicher Anwendungsbereich

- **Straftaten**
- **Ordnungswidrigkeiten**, die dem Schutz von Leben, Leib oder Gesundheit oder dem Schutz von Beschäftigten oder ihrer Vertretungsorgane dienen
- **Verstöße gegen Rechtsvorschriften** und unmittelbar geltende Rechtsakte der EU mit Bezug zu bestimmten, katalogisierten Rechtsgebieten (z.B. zur Bekämpfung der Geldwäsche, Umweltschutz; Vergaberecht; Steuerrecht; Wettbewerbsrecht; Eisenbahnbetriebssicherheit; Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit; Produktsicherheit, Datenschutz etc.)
- **Äußerungen von Beamten** (des Bundes), die einen Verstoß gegen die Pflicht zur Verfassungstreue darstellen

# Wer muss eine Meldestelle einrichten?

Beschäftigungsgeber  
ab 50 Beschäftigten

- **Natürliche Personen, juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts, rechtsfähige Personengesellschaften, sonstige rechtsfähige Personenvereinigungen**
  - ↳ Übergangsregel private Beschäftigungsgeber: 50 bis 249 Beschäftigte  
Einrichtung erst bis zum 17.12.2023 verpflichtend
- **Beschäftigungsgeber Bund oder Land:** Oberste Bundes- oder Landesbehörde schafft Organisation in den Behörden und Einrichtungen
- **Beschäftigungsgeber Gemeinde, Gemeindeverbände oder Organisation, die unter ihrer Kontrolle stehen:** Einrichtung nach Maßgabe des Landesrechts



# Organisation einer Meldestelle

## Meldestelle

- Einrichtung eines Meldekanals
- Schriftlich, mündlich, persönlich / E-Mail, Post, Telefon, Gespräch
- Obligatorischer Zugang für die Beschäftigten, fakultativ für Dritte
- Anonyme Kontaktaufnahme und Kommunikation muss möglich sein
- Beschäftigte sind über die Nutzungsmöglichkeit zu informieren
- Beauftragung eines Beschäftigten oder Externen mit Aufgabenwahrnehmung
- Person muss unabhängig, frei von Interessenkonflikten und fachkundig sein
- Zugriff auf Meldungen nur durch die zuständigen Personen
- Verbot der Behinderung

# Umgang mit Meldungen

## Meldungen

- Annahme und Dokumentation der Meldung
- Vertraulichkeit der Identität (mit Ausnahmen)
- Eingangsbestätigung an HWG spätestens nach 7 Tagen
- Prüfen, ob Meldung in sachlichen Anwendungsbereich fällt
- Stichhaltigkeit der Meldung prüfen
- Kontakthalten zu HWG und ggf. Einholung weiterer Informationen
- Ergreifen angemessener Maßnahmen
- Evtl. Rückmeldung an HWG innerhalb von drei Monaten über geplante und ergriffene Maßnahmen

# Prozess nach Eingang einer Meldung



Eingang der Meldung



Plausibilitätsprüfung



Erweiterte Prüfung



Interne Untersuchung



Maßnahme ergreifen

# Folgemaßnahmen

## Maßnahmen

- Interne Untersuchungen
- Verweis HWG an andere zuständige Stellen
- Abschluss des Verfahrens aus Mangel an Beweisen oder aus anderen Gründen
- Abgabe des Verfahrens an Organisationseinheit für interne Ermittlungen oder an die zuständige Behörde

Es existiert keine grundsätzliche Pflicht in Deutschland, Straftaten anzuzeigen (Ausnahme: § 138 StGB)!

# Sanktionsrisiken für Beschäftigungsgeber

## Bußgelder gegen Leitungsperson oder Beauftragten

- Unterlassen der Einrichtung oder Betrieb der internen Meldestelle
- Verstöße gegen die Vertraulichkeit
- Behinderung der Kommunikation oder Repressalien gegen HWG



20.000  
EUR



100.000  
EUR



100.000  
EUR

## Unternehmensgeldbuße




1 Mio.  
EUR

# Sanktionsrisiken für Beschäftigungsgeber

Strafrecht /  
Ordnungswidrig-  
keitenrecht

- Korruption
- Umweltdelikte
- Untreue
- Betrug
- Kartell
- Steuerhinterziehung
- Arbeitsstrafrecht
- Fahrlässige KV oder Tötung
- Nebengesetze



Fahrlässigkeit,  
Beihilfe, Anstiftung,  
Mittäterschaft,  
Unterlassen

# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Eerke Pannenberg  
LL.M. (Wirtschaftsstrafrecht)  
Rechtsanwalt | Fachanwalt für Strafrecht  
Lehrbeauftragter an der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW

Pannenberg & Pesenacker  
Alte-Synagogen-Straße 2  
49078 Osnabrück  
T: 0541 181 76 99 - 0  
ep@pannenborg-pesenacker.de  
www.pannenberg-pesenacker.de

**Pannenberg & Pesenacker**

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT  
STEUERSTRAFRECHT